

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Inland. Ausland 3,50 Mk. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 5 Pf. Postboten und andere Kunden zahlen zu jeder Zeit den halben Preis. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die Kopfzeile 20 Goldpfennig, die 2. Spalte 15 Goldpfennig, die 3. Spalte 10 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Sonstige und Platzanzeigen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen über keine Garantie. Jeder Redaktionsdruck erfolgt, wenn der Betrag durch die Redaktion eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen.

Nr. 183 — 83. Jahrgang      Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Donnerstag, 7. August 1924

## Der springende Punkt.

Während Herriot es ablehnen mußte, bei den jetzigen Ständen der Londoner Verhandlungen nach Paris zu kommen, um dort vor der Kammer und dem Senat zu sprechen, hätte es Macdonald bequemer. Er brauchte sich nicht aus London zu entfernen und konnte dem Wunsch des Parlaments folgen, diesem recht ausführlich Rede und Antwort zu erteilen. Das ist denn auch am Montag recht gründlich geschehen, zumal die Frageliste, namentlich bei Lloyd George, recht rege war. Hier bewährte sich wieder in einem gewissen Sinne die englische Einrichtung, daß der verantwortliche Regierungsleiter sofort gestellte Fragen beantwortet, wodurch sich lange Interpellationsdebatten, wie sie bei uns bei allen möglichen Gelegenheiten üblich sind, vermeiden lassen.

Durch die jetzigen Verhandlungen im Unterhause ist die ganze Angelegenheit allerdings nicht viel weiter gekommen. Macdonald gab nur Aufschluß über die Punkte, über die eine Einigung erzielt worden ist. Das Einzige, was er positiv ausdrückte, war die Hoffnung, daß es gelingen werde, einen neuen Geist des Zusammenwirkens auf beiden Seiten zu schaffen. Der englische Premier gab weiter zu erkennen, daß sich seine Haltung zu den Hauptproblemen nicht geändert habe. Als Hauptziel seiner Politik ließ er erkennen, in der Sanktionsfrage ein unparteiisches Schiedsgericht unter Umständen wachen zu lassen und alle strittigen Fragen, die bei der Auslegung des Versailler Vertrages auftauchen, dem internationalen Schiedsgericht in Haag zu unterbreiten. Man muß sagen, daß das letztere ein immerhin erstrebenswertes Ziel ist. Hätte sich Frankreich schon früher dazu verstanden, wobei dahingestellt sein mag, ob es sich jetzt dazu versteht, dann wäre der unfähige Wirrwarr der letzten Jahre vielleicht zu einem Teil vermieden worden.

Nach den Äußerungen Macdonalds will man auf der Konferenz hauptsächlich drei Vereinbarungen durchführen, eine zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission hinsichtlich der Fragen, die innerhalb der Zuständigkeit der Reparationskommission liegen, eine weitere zwischen der deutschen Regierung und den Alliierten über die Fragen, die durch direkte Vereinbarungen zwischen diesen Regierungen geregelt werden müssen, und endlich eine solche unter den Alliierten selbst über Fragen, die die Alliierten selbst angehen.

Als eine erfreuliche Tatsache kann man es ansehen, daß man aus den Ausführungen herauslesen kann, die englische Regierung sei nach wie vor von der Unrechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung überzeugt. Für uns ist ein solches Zugeständnis allerdings nur platonisch und recht fragwürdig, zumal ja die englische Regierung nichts unternommen hat, um hier dem Bundesgenossen kein Unrecht recht drastisch zu Gemüte zu führen und ihn zu veranlassen, es möglichst schnell wieder gutzumachen. Da England in diesem Punkte nie ohne weiteres zu seinen Worten stand, so ist nicht anzunehmen, daß es in Zukunft einen Druck ausüben wird. Im Gegenteil, man erwartet immer, einen wie großen Wert man auf die Freundschaft mit Frankreich legt. Dieser Freundschaft opfert man deshalb ruhig die Interessen anderer, obwohl man betont, wie berechtigt deren Ansprüche sind. Herr Macdonald hat sich aus dieser für die englische Regierung unangenehmen Lage dadurch befreit, indem er sich die These zu eigen machte, daß die Frage der Ruhrbesetzung aus den Konferenzverhandlungen selbst auszuschließen habe und eine Verständigung allein zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland zu empfehlen sei.

Das ist der springende Punkt, bei dem die deutsche Delegation einhalten muß. Von der deutschen Regierung nachsehender Seite ist ja auch schon in der Presse zum Ausdruck gebracht worden, daß man sich der französischen Forderung nicht anschließen kann, wonach die Ruhrbesetzung noch mindestens zwei Jahre zu dauern habe. Die deutsche Regierung kann sich dabei auf englische Urteile berufen und schließlich selbst auf französische Stimmen, unter denen die von Poincaré nicht die unwichtigste ist, die besagt, daß die militärische Besetzung nur zum Schutze der wirtschaftlichen nötig war. Frankreich will diese legiere aber auch nur in Etappen abbauen. Bei seiner Ausrüstung, die Dinge in die Länge zu ziehen, muß deshalb von deutscher Seite eine Garantie für schnelle wirtschaftliche Räumung verlangt werden. Nur so verstanden, wäre für uns die Forderung tragbar, daß wirtschaftliche und militärische Räumung gleichzeitig erfolgen sollen.

## Günstiger Eindruck der Margrede in London.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
London, 6. August. Die Schlussrede, die in der gestrigen Vollversammlung der Konferenz Reichskanzler Dr. Marx in Erwiderung auf die Begrüßungsansprache des englischen Ministerpräsidenten Macdonald gehalten hat, hat in allen politischen Kreisen einen undenkbar günstigen Eindruck hervorgerufen.

## Die erste Sitzung mit der deutschen Delegation.

### Marx erhofft Verständigung

London, 5. August.

Auf dem Liverpoolstreet-Bahnhof hatte sich heute eine große Menschenmenge angesammelt, um die deutsche Delegation einfahren zu sehen. Kurz vor neun Uhr lief der Zug ein. Zum Empfang waren mehrere Mitglieder des Auswärtigen Amtes, darunter Minister Wigram, von der deutschen Botschaft, Vizekonsul Dufour-Feronce, Graf Bernstorff, Baron v. Pleßsen, sowie zahlreiche Vertreter der deutschen und ausländischen Presse erschienen. Als erster stieg Vizekonsul Dufour-Feronce, der der Delegation nach Harwich entgegengefahren war, aus dem Zug. Es folgte Außenminister Dr. Stresemann und dann Reichskanzler Dr. Marx. Die deutschen Herren begaben sich alsbald in Automobilen nach dem Rib-Hotel. Einem Vertreter Reuters erklärte Reichskanzler Marx:

„Wir kommen mit dem aufrichtigen Wunsche hierher, dabei zu helfen, die beste Methode zu finden, um den Dawes-Bericht unverändert und im Geiste seiner Verfasser in Wirksamkeit zu setzen. Wir beabsichtigen, unseren Teil beizutragen zu einer loyalen Erfüllung der Bedingungen des Berichts. Wir zweifeln nicht, daß wir den gleichen Geist in London vorherrschend finden werden, und wenn das der Fall ist, so kann man sicher annehmen, daß eine Verständigung bald erfolgen wird.“

Die vorgesehene Konferenz mit den deutschen Vertretern wurde im Auswärtigen Amt kurz nach Mittag eröffnet. Macdonald kam zu Fuß. Als erste kam die italienische Delegation, dann die Japaner und Amerikaner. Dann folgte die deutsche Delegation, im ersten Auto saßen Reichskanzler Marx und Außenminister Dr. Stresemann, im zweiten Reichsfinanzminister Dr. Luther. Zuletzt kamen die Belgier und Franzosen.

Die Verhandlungen dauerten nicht lange. Morgen wird eine weitere Vollversammlung stattfinden, und man hofft, daß die Deutschen bis dahin, wenn nicht vollständig, so doch wenigstens allgemein die von der Konferenz bisher ausgearbeiteten Dokumente geprüft haben.

Obwohl die Delegierten es ablehnten, sich über die allgemeine politische Lage auszusprechen, so besteht doch kein Zweifel daran, daß keiner den Wunsch hegt, die Konferenz unnötig zu verlängern. In der Tat besteht in vielen Kreisen das Verlangen, alle Fragen so schnell wie irgend möglich zu erledigen, wenn auch einer von den Delegierten erklärte: „Wir brauchen Zeit, um die Lage zu besprechen.“

## Neben von Macdonald und Marx.

Bei Eröffnung der Konferenz hielt Macdonald eine kurze Ansprache, welche die deutschen Vertreter willkommen hieß, die nach London gekommen seien, um über die Mittel zu verhandeln, die den Sachverständigenbericht in Kraft setzen sollen. Er hob hervor, daß die Verantwortlichkeiten, die der Dawes-Plan auferlege, angenommen werden sollten, nicht nur weil es nötig sei, sondern weil der allgemeine Wunsch bestehe, daß ein ernster und ehrenhafter Versuch gemacht würde, die Verpflichtungen zu erfüllen, die durch Unterschriften gedeckt seien, und daß nach Verhandlungen, in denen jede Partei gehört worden sei,

neue Unterschriften erfolgen müßten. Die Alliierten hätten den Wunsch, der deutschen Regierung gewisse Vereinbarungen, die zwischen ihnen zustande gekommen seien, mitzuteilen, und sie wünschten, insofern als dies eine Zustimmung der deutschen Regierung erfordere, mit den Deutschen Verhandlungen zu pflegen. Macdonald erklärte, daß die Arbeiten der Konferenz durch die Erörterung des Dawes-Planes begrenzt würden, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Geist der Zusammenarbeit eine baldige Vereinbarung ermöglichen würde, deren Folge von Vorteil für die freundlichen Beziehungen zwischen den europäischen Mächten wäre.

Reichskanzler Marx sprach in kurzer Erwiderung im Namen der deutschen Delegation seinen Dank für die freundlichen Worte, mit denen sie begrüßt worden seien, aus und bemerkte, daß die bevorstehende Aufgabe von entscheidender und geschichtlicher Bedeutung sei. Die deutsche Delegation sei überzeugt, daß das Schicksal Deutschlands und Europas von der Lösung jener Aufgabe abhänge und daß dies nur im Geiste friedlicher Vereinbarung und unbedingter Aufrichtigkeit geschehen könne. In diesem Geiste wolle die deutsche Delegation verhandeln. Die Wiederherstellung gegenseitigen Vertrauens sei eine Lebensfrage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit der Völker. Die deutsche Delegation sehe in dem Sachverständigenplane eine Methode, die das deutsche Volk zu Freiheit und Frieden führen könnte und sollte. Sobald die wesentlichen Bedingungen für eine wirtschaftliche Tätigkeit wiederhergestellt worden seien, würde sich das deutsche Volk mit ganzer Kraft der Ausführung seiner von ihm verlangten schweren Verpflichtungen widmen. Der Reichskanzler bestätigte die Erklärung der deutschen Regierung, daß der Dawes-Plan als eine geeignete Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage betrachtet werde, und fügte hinzu, daß in Erwartung einer Vereinbarung während der Konferenz seine Regierung damit einverstanden sei, daß die Besetzung der Ruhr, die durch die Organisationskommissionen auf Grund der Bestimmungen des Dawes-Planes vorbereitet seien, fertiggestellt würden.

Macdonald gab darauf der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiten der Konferenz Freitagabend beendet sein könnten. Den deutschen Delegierten wurden die von der Konferenz ausgearbeiteten Schriftstücke überreicht mit der Bitte, ihre Einwendungen möglichst bald schriftlich niederzulegen.

## Finanzielle Bedenken.

Aus London meldet der „Petit Parisien“, daß es Pierpont Morgans erste Sorge gewesen sei, nach seiner Ankunft in London nicht nur Fühlung mit seinen Direktoren und den amerikanischen Sachverständigen, sondern auch mit den alliierten Delegierten zu nehmen. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die Finanzleute der City zögerten, sich mit den von der Konferenz vorgesehene Garantien zufrieden zu erklären, während Morgan diese Garantien als ausreichend erachtete und zusammen mit den übrigen amerikanischen Kreditinstituten einen Anleiheabschnitt zeichnen werde, der bis zu 60% gehen könne. Ein Finanzmann sprach die Meinung aus, daß die französische Sanktionsfreiheit der Anleihe in England selbst viel Schaden tun werde. Er rechnet Amerika mit 60% ein und meint, England werde wohl oder übel mit den übrigen 40% nachkommen müssen. Aber sehr einfach sei es nicht. Schuld trage allein die Vergewaltigung des Dawes-Berichts in der Sanktionsfrage.

## Die Hauptziele der Deutschen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 6. August. Ich erfahre soeben, daß die deutsche Delegation von Macdonalds Worten über das gewünschte Ende am Sonnabend unangenehm überrascht war. Sie befürchtet, daß diese Eile einen schlechten Eindruck in Deutschland machen würde und machte nach der Vollziehung dies gegenüber Macdonald geltend. Daraus sind die betreffenden Worte Macdonalds in dem offiziellen Kommuniqué über die Vollziehung gestrichen. Die deutschen Vertreter erklärten, daß sie in erster Linie nur zwei Bestrebungen hätten: Die Freiheit der Ruhr und die Regelung der Eisenbahnfrage in deutschem Sinne. Englische Kreise entnehmen aus den Gesprächen mit den Deutschen, daß die Deutschen mit den Franzosen und Belgiern über die militärische Räumung des Ruhrgebietes in direkte Verhandlungen treten wollen.

## Nacharbeit in London.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
London, 6. August. Die deutsche Delegation wird die ganze Nacht an dem Studium der überreichten Dokumente arbeiten.

## 8 v. H. Zinsen für die Anleihe.

Paris, 6. August. Die „Information“ erfährt aus Newport, daß nach Ansicht maßgebender Finanzkreise der Wallstreet der Zinsfuß der deutschen 800-Millionen-Anleihe nicht weniger als 8 v. H. betragen wird.

## Houghton nach London abgereist.

Berlin, 6. August. Der amerikanische Vizekonsul Houghton ist gestern früh nach London abgereist.

## Französische Zurückhaltung gegenüber Rußland.

Paris, 6. August. Zum Abbruch der englisch-russischen Besprechungen schreibt das „Journal des Debats“: Unsere Regierung, die in leichtfertiger Weise Anstalten zum Abschluß eines Abkommens mit den Sowjets getroffen hat, wird auf daran tun, über das Glas der Londoner Konferenz nachzudenken. Wir haben den Sowjets nichts anzubieten und können die Besprechungen mit ihnen zu keinem Ergebnis führen. Im Gegenteil, wir setzen dabei alles aufs Spiel.